

(A)

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 115. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle sehr herzlich willkommen. Ich begrüße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und, soweit anwesend, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich 17 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, seinen Geburtstag feiert heute Herr Abgeordneter Dr. Bernd Brunemeier von der Fraktion der SPD; er wird 50 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege, im Namen des Hohen Hauses!

(Allgemeiner Beifall)

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf die

Fortsetzung der zweiten Lesung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1994

(B)

Wir haben gestern die Haushaltsplanberatungen bei Einzelplan 09 unterbrochen und setzen heute die Beratungen fort.

Ich rufe Nummer 1 auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den vorliegenden Änderungsantrag.

Nach der Abstimmung zum Einzelplan 08 werden wir noch eine Stahlrunde einlegen; das ist mit den Fraktionen so vereinbart.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die leichte Unruhe rührt schlicht daher, daß wir unter den Fraktionen noch überlegt haben, wann die Diskussion über die Stahlsituation erfolgen soll, und noch Entschließungen im Raum stehen. Meine Fraktion ist der Meinung, wir sollten jetzt zunächst über den Einzelplan des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie diskutieren und anschließend, getrennt davon, die Stahlsituation erörtern. So ist es jetzt wohl auch vereinbart worden, und daran möchte ich mich halten.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Wirtschaftsministers ist, unabhängig von den Zahlen, auf die ich noch zu sprechen komme, dadurch gekennzeichnet, daß er schlicht so weitermacht wie bisher, nur mit etwas geringeren Summen. Das gesamte Handeln dieser Landesregierung im wirtschaftspolitischen Bereich läßt für mich viel zu wenig erkennen, daß man gesehen hat und sieht, vor welchen Notwendigkeiten wir in der Bundesrepublik stehen.

(Beifall bei der CDU)

Der Präsident der IHK Dortmund - und eigentlich müßten Sie, Herr Wirtschaftsministers, doch für jede Unterstützung in der Richtung dankbar sein - hat in einer bemerkenswerten Rede beim Jahresempfang die Situation der Bundesrepublik mit dem gefesselten Gulliver verglichen, der, von Tausenden von Stricken gefesselt, am Boden liegt, ein starker Riese, der sich nicht mehr bewegen kann, weil er eingezont ist von Bürokratie, Bestimmungen, Tausenden von gesetzlichen Notwendigkeiten, von Beamten, die an jeder Stelle mit neuen gesetzlichen Auflagen lauern. Wir haben uns in dieser Bürokratie eingerichtet und finden aus diesen Fallstricken nicht mehr heraus. - Das ist neben allen Zahlen der Wirtschaftspolitik die Situation, die wir betrachten müssen.

(D)

Das gesellschaftliche Umfeld, in dem diese Diskussion stattfindet, ist davon geprägt, daß wir Angst haben, risikoscheu sind, technologische Neuentwicklungen ablehnen und im Grunde allenfalls so weitermachen wollen wie bisher. Nur: Weitermachen wie bisher geht nicht. Weitermachen wie bisher bedeutet, daß wir bei unseren alten Produkten bleiben und bei dem, was wir auf dem Weltmarkt absetzen können, immer weiter absacken werden. Eine Bundesrepublik

(Meyer [Hamm] [CDU])

(A)

Deutschland mit der Wirtschaftsstruktur, die wir haben, muß sich auf die neue Situation einstellen.

Strukturwandel ist heute nötiger denn je. Darauf kommen wir im weiteren Verlauf der Debatte noch zu sprechen. Wir sehen es in allen möglichen Teilbereichen: Wir werden mit den Produkten von gestern die Zukunft nicht gewinnen können.

Der Haushalt der Landesregierung zeigt in aller Klarheit, daß das Wirtschaftsministerium ausdrücklich auf die alten Produkte ausgerichtet ist. Der Haushalt läßt überhaupt keine Antworten auf die Situation erkennen, die wir augenblicklich haben: Die Arbeitslosenquote in NRW beträgt 10,1 % und im Ruhrgebiet sogar 12,6 %. Diese Quote liegt erheblich über der des Bundes von 7,8 %. Jeden Monat kommen 13 000 Arbeitslose hinzu.

Herr Wirtschaftsminister, die Arbeitgeber - im Kölner Stadtanzeiger vom 8. Dezember lese ich das - beklagen die derzeitige Situation. Aus einem Gespräch mit Herrn Kirchhoff, der sich auf Daten bezieht, die Herr Jochimsen vorgelegt hat, ergibt sich, daß in den letzten zwölf Monaten an Rhein und Ruhr 138 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Davon entfallen 22 000 auf den Montanbereich.

(B)

Meine Damen und Herren, wir sehen fast ausschließlich auf diese 22 000 Arbeitsplätze. Auch im Haushalt wird nahezu die gesamte Summe für Probleme und Folgen ausgegeben, die mit dem Abbau dieser 22 000 Arbeitsplätze zu tun haben.

Natürlich haben Sie an allen möglichen Ecken und Enden Forderungen an die Bundesregierung, die ganz drastische Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einleiten soll. Was tun Sie aber hier im Land? - Sie kürzen den Wirtschaftshaushalt über die letzten zwei Jahre gesehen insgesamt um 26 %. Diese 26 % verschleiern im Grunde aber nur, was hier wirklich passiert. Sieht man sich nämlich den Haushalt einmal im einzelnen an, stellt man fest: Von den 2,5 Milliarden DM entfallen - wie uns allen bekannt ist - 1,1 Milliarden DM direkt auf die Kohlesubventionen aus dem Hüttenvertrag und dessen Folgen. Zieht man dann noch die 200 Millionen DM ab, die das Wirtschaftsministerium für sich und nachgeordnete Behörden für die Verwaltung - sprich: Personal -

braucht, verbleiben 1,2 Milliarden DM, die insgesamt für Wirtschaftspolitik in diesem Lande zur Verfügung stehen.

Auf Programme, die direkt die Montanregionen mit Kohle und Stahl ansprechen, entfallen 600 Millionen DM, die in europäischen Programmen für die Stahl- und Kohleregionen festgelegt sind.

Wir können somit davon ausgehen, daß weniger als 600 Millionen DM der insgesamt 2,5 Milliarden DM wirklich für Wirtschaftspolitik im Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, damit Sie die ganze Dramatik dieser Entwicklung erkennen: Diese Beträge sind innerhalb von zwei Jahren um knapp 50 % zurückgegangen. Im Haushalt 1992 hatten wir an Ist-Ausgaben für das Land insgesamt noch 1,5 Milliarden DM. Der Ansatz für 1994 beträgt 800 Millionen DM. Das entspricht einem Rückgang von 48 %. Das ist die ganze Dramatik - und das in der heutigen Zeit!

Herr Wirtschaftsminister, warum haben Sie nicht im kommenden Haushaltsjahr wirklich entsprechend höhere Beträge eingefordert, noch dazu, wo doch die Mittel aus Brüssel zur Verfügung stehen? - Sie haben überdies die falschen Akzente in Ihrem Haushalt gesetzt. Wir haben im Wirtschaftsausschuß Anträge gestellt, die von der SPD allesamt ohne Ansehen von Inhalt und Person abgelehnt worden sind. Selbst bei dem Antrag, den Betrag von 20 Millionen DM für die Stiftung Industriedenkmalpflege herauszunehmen, hat man dem letztlich zugestimmt, obwohl überhaupt nicht klar ist, wie die Konstruktion aussehen soll, wer die Beteiligten sein sollen und was damit gemacht wird.

Meine Damen und Herren, kann das wirklich das Bild sein, unter das wir den Haushalt stellen müssen? 20 Millionen DM für Industriedenkmalpflege für eine neue Stiftung, während gleichzeitig die Beträge für kleine und mittlere Unternehmen, für Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen von 43 Millionen DM im Jahre 1990 auf 30 Millionen DM im Jahre 1994, also um mehr als 25 % gekürzt werden?

Wir brauchen zukunftsorientierte neue Arbeitsplätze und Existenzgründungen, nicht aber eine zusätzliche

(C)

(D)

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Rekultivierung leerstehender Fabrikhallen ausschließlich unter Denkmalschutzgesichtspunkten.

Auch die gesamte Konzeption Ihres Haushaltes, daß Sie sogar offensiv einfordern, die Mittel für die Hochschulpolitik in Ihrem Haushalt zu verwalten, legt nahe: Wenn wir kritisch sehen, was Ihnen für effektive Wirtschaftspolitik in dieser extremen Situation bei den Arbeitsplätzen und der Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung steht, müßten wir das noch abziehen.

Meine Damen und Herren, hier zeigt sich der Unterschied zwischen den Sonntagsreden, wie sie Herr Einert im Lande hält, wie sie auch Herr Scharping in der letzten Zeit bevorzugt hält, und dem realen Handeln, wenn Sozialdemokraten in der Verantwortung stehen. In den Zahlen zeigt sich der Unterschied. Das ist nicht die Politik, die hier immer an die Wand gemalt wird: das Eintreten für die kleinen Leute. Wenn es darum geht, wirklich neue Arbeitsplätze zu schaffen, Existenzen und Betrieben zu helfen, die sich durch Betriebsverlagerungen erweitern wollen, dann steht die Landesregierung nur in ganz beschränktem Maße mit ihren Mitteln zur Verfügung. Sie und insbesondere die SPD-Fraktion ist den alten Strukturen dieses Landes verhaftet und hat nicht begriffen, wohin Nordrhein-Westfalen kommen muß, damit wir die Zukunft gemeinsam meistern können.

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben in den letzten Tagen - ich entnehme das der "Neuen Rhein-Zeitung" - viele harte Worte gefunden. Selbst Rücktrittsdrohungen liest man hier, wenn jetzt nicht ein neuer Kurs eingeschlagen wird, wenn also der alte Kurs um jeden Preis fortgesetzt werden soll. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie sich beim Haushalt dieses Landes verstärkt dafür einsetzen, daß der Haushalt des Wirtschaftsministeriums in dieser Situation nicht zum Steinbruch zur Haushaltssanierung wird.

Meine Damen und Herren, zu diesem Wirtschaftshaushalt kann man nicht einmal Einzelanträge stellen. Er ist von seiner Grundkonstruktion her so falsch angelegt, daß wir ihn nur ablehnen können.

(Beifall bei der CDU)

(C) Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Stüber das Wort.

Abgeordneter Stüber (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, der erste Satz, den Sie vorgetragen haben, ist in der Tat richtig: Der Einzelplan 08 hätte die Chance geboten, über Wirtschaftspolitik zu reden. Dies haben Sie aber nicht gemacht. Vielmehr haben Sie Zahlen, die zudem auch noch unrichtig sind, nach Ihren parteipolitischen Vorstellungen interpretiert. Ich will da nur einen Punkt nennen. Über die Stiftung "Industriedenkmäler" haben wir doch im Ausschuß ausführlich geredet, und wir haben Ihnen deutlich gemacht,

(Abgeordneter von Unger [CDU]: ... daß Sie Subventionsgelder der Ruhrkohle dafür in Anspruch nehmen wollen!)

daß dies eine Chance ist, alte Gebäude und alte Industrieflächen zu revitalisieren und zu nutzen, und dies in einem wirklich gelungenen Konzept von Wirtschaft und Politik, nämlich über den Weg einer gemeinsamen Stiftung, in die auch die betroffenen Unternehmen zahlen. Wenn man das nicht begreift und das ablehnt, dann weiß ich nicht, wie man dann in diesem Land angesichts der Probleme Wirtschaftspolitik noch mitgestalten will.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich will auf all dies nicht eingehen. Ich will Ihnen eines empfehlen, Herr Kollege Meyer. In der neuen "Wirtschaftswoche" - Nr. 49 - finden Sie einen interessanten Standortvergleich über Wirtschaftsbereiche in Europa und darüber hinaus. Ich empfehle Ihnen diesen sehr zur Lektüre. Dann können wir vielleicht einmal über diese Punkte reden. Ich will nur einen Satz daraus zitieren, der Ihre Schwarzweißmalerei, die Sie zum Schluß vorgebracht haben, deutlich macht. Da sagt der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die ständigen Klagen über die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Nation könne er schon nicht mehr hören, weil inzwischen - so wörtlich - fast jede Schwierigkeit als ein Standortproblem charakterisiert wird. Genau das ist doch das Thema, Kollege Meyer.

(Stüber [SPD])

(A)

Sehen Sie sich das einmal an, und dann reden wir im Wirtschaftsausschuß einmal intensiv darüber. Vielleicht ist das eine Chance.

Der Haushalt des Wirtschaftsministers für 1994 umfaßt 2,551 Milliarden DM. Das sind bei den Baransätzen - wie Sie richtig gesagt haben - 20 % weniger. Auch wir hätten uns angesichts der schwierigen Lage 20 % mehr gewünscht. Aber wer den sinkenden Wirtschaftsetat hier kritisiert, ohne die wahren Gründe dafür zu nennen, Kollege Meyer, der handelt nicht ganz redlich. Die Tatsache ist: Fast ein Drittel des Rückgangs bei den Baransätzen ist auf sinkende Bergbaubsubventionen zurückzuführen. Die übrigen zwei Drittel haben ausschließlich mit dem Rückzug des Bundes aus der Gemeinschaftsaufgabe sowie aus Sonderprogrammen der Gemeinschaftsaufgabe und aus auslaufenden EG-Programmen zu tun. Zwar werden einige neue EG-Programme aufgelegt, unter dem Strich bleibt es aber dabei: Gerade wenn es am nötigsten wäre, zieht sich der Bund aus der Förderung produktiver Investitionen in Nordrhein-Westfalen zurück. Und wir müssen ganz deutlich sagen: Diesen Rückzug kann das Land nicht auffangen.

(B)

Tatsache ist aber auch, daß die Verpflichtungsermächtigungen im neuen Haushalt gegenüber dem laufenden Jahr fast verdoppelt worden sind, und zwar von 1,26 Milliarden DM auf 2,43 Milliarden DM in 1994. Allein im neuen Programm "Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen" stehen fast 400 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung. Das ist Geld, das wir überwiegend nicht in den klassischen Montanbereichen einsetzen wollen. Darüber haben wir im Wirtschaftsausschuß lang und breit debattiert. Weitere 300 Millionen DM stehen im Handlungsrahmen Kohle.

Zusammen mit den EG-Programmen haben wir also die Handlungsspielräume im Wirtschaftshaushalt deutlich erhöht. Wir werden also nicht weniger, sondern wir können mehr produktive Investitionen, mehr Zukunftstechnologie fördern, und wir werden damit unseren Weg beim Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen erfolgreich fortsetzen.

Es ist aber ebenso Tatsache - und das muß in diesem Hause auch einmal gesagt werden -, daß die CDU hier Krokodilstränen über den Rückgang der Bar-

(C)

ausgaben im Haushalt des Wirtschaftsministers vergrößert, selber aber zum Wirtschaftshaushalt ständig neue Kürzungsanträge gestellt hat. Im letzten Jahr belief sich diese Kürzungsorgie der CDU auf über 12,5 Millionen DM. Davon wollten Sie allein acht Millionen DM im Kohle-Handlungsrahmen kürzen. Das muß man den Leuten draußen einmal sagen. In diesem Jahr wollten Sie erneut noch einmal 3,5 Millionen DM streichen. Das ist die Realität der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der Opposition CDU.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren unseren Haushalt in einer sehr schwierigen Rezession der Nachkriegszeit. Das ist unstrittig. Unstrittig ist auch, daß Nordrhein-Westfalen von dieser Rezession schwer betroffen ist, vor allem die Krisenbranchen Kohle und Stahl. Wenn Sie die Meldung gestern in der Zeitung gelesen haben: Allein im Oktober betrug der Produktionsrückgang im Bergbau 15 %. Ähnliches gilt für viele andere Branchen. Dies ist allerdings keine Sonderkrise. Dank des erfolgreichen Strukturwandels haben wir im Gegensatz zu früher wesentlich bessere Ausgangslagen. Unser Wachstumsminus von 2,9 % im ersten Halbjahr ist zwar hoch, lag aber deutlich niedriger als in dem immer wieder als Vorbild deklarierten Land Baden-Württemberg, wo es ein Minus von 4 % gab.

(D)

Unsere Industrieproduktion sank um 6,2 % in den ersten neun Monaten dieses Jahres. Das war aber deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt, wo wir einen Rückgang von 8 % hatten. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei uns ist zwar mit 23,3 % schlimm, aber noch lange nicht so katastrophal wie etwa in Baden-Württemberg, wo wir plus 44,7 %, in Bayern, wo wir plus 34,6 %, und im Bundesdurchschnitt, wo wir immerhin noch 27,8 % zusätzliche Arbeitslose hatten.

Ich will damit nichts beschönigen; ich will aber damit deutlich machen, daß sich die erfolgreiche Struktur- anpassung in den letzten Jahren ausgezahlt hat. Mit dem sinkenden Gewicht des Montansektors - in Nordrhein-Westfalen lebt heute nur noch jeder fünfundzwanzigste von Arbeit in diesem Bereich, das war einmal jeder vierte - haben wir in der Tat einen Wandel vollzogen.

(Stüber [SPD])

(A)

Wir befinden uns aber, meine Damen und Herren - auch dies muß gesagt werden - nicht nur in einer Rezessionskrise, sondern auch in einer tiefen Stimmungskrise. Pessimismus, Skepsis und tiefes Mißtrauen insbesondere gegenüber den für Wirtschaftspolitik Verantwortlichen in Bonn - ich kann Ihnen nicht ersparen, dies hier deutlich auszusprechen - prägen die Lage. Zwar ist auch nach wie vor richtig, daß wir Versäumnisse auf der gesamtwirtschaftlichen Verantwortungsebene in Bonn in Nordrhein-Westfalen nicht ausgleichen können; trotzdem ist es gerade in so einer Stimmungskrise wichtig; auch einige Lichtblicke und Hoffnungsschimmer deutlich zu machen. Das will ich tun, weil ich davon überzeugt bin, wie viele andere auch, daß Konjunktur auch zu nahezu 50 % etwas mit Psychologie und Hoffnung zu tun hat. Ich will ein paar Lichtblicke nennen.

Ich empfinde es als einen Lichtblick, daß der Dienstleistungssektor, der landläufig als der Gradmesser für die Entwicklung einer Volkswirtschaft angesehen wird, bei uns bereits 4 Millionen der insgesamt 7,5 Millionen Arbeitsplätze umfaßt, der Dienstleistungsanteil damit fast 55 % beträgt. Ich finde es auch beachtlich, daß im Bereich der Kulturdienstleistungen, also bei bildenden Künsten, Unterhaltungselektronik, Publizistik usw., mittlerweile fast eine Viertel Million Menschen beschäftigt sind. Kulturwirtschaft zählt damit zu den drei größten Wirtschaftsbranchen in Nordrhein-Westfalen und hat mit über 50 Millionen DM Jahresumsatz mehr als etwa die chemische Industrie oder übrigens das Ernährungsgewerbe, das - wie Sie auch den Zahlen von gestern entnehmen konnten - ebenfalls eine Wachstumsbranche ist, denn die Hersteller von Nahrungs- und Genussmitteln haben im Oktober immerhin um 5 % zugelegt.

Bemerkenswert und als einen tollen Hoffnungsschimmer sehe ich auch, daß Nordrhein-Westfalen inzwischen ein führender Medien- und Filmstandort geworden ist. Darüber ist bereits gestern schon einmal debattiert worden. Wir haben bereits über 70 000 Beschäftigte allein in der Film- und Fernsehwirtschaft und in den Printmedien. Köln ist Rundfunkstadt Nummer eins in Mitteleuropa mit dem WDR als der größten Rundfunkanstalt Europas, mit RTL als dem größten privaten Fernsehsender, mit Bertelsmann als größtem Medienkonzern Europas, Radio NRW, dem

(C)

umsatzstärksten privaten Hörfunksender. Oberhausen und Dortmund sind inzwischen Medienzentren. Minister Clement hat gestern oder vorgestern angekündigt, daß es für den Filmpark in Bottrop die größte Filminvestition geben wird, die jemals in Deutschland stattfand. Der Filmpark in Bottrop soll im großen Stil als Produktionsstätte für neue Filme und Shows ausgebaut werden. Das Engagement des amerikanischen Medienkonzerns in Höhe von 350 Millionen DM ist das jüngste Beispiel einer gezielten Ansiedlungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Die Liste dieser erfolgreichen Signale und Initiativen zur Erschließung von neuen Wachstumsfeldern und Zukunftsmärkten ließe sich fortsetzen. Ich will als Beispiel nur die Initiative für den Produktionsstandort Automobilindustrie nennen, die jetzt eingerichtet wurde, um die Zuliefererindustrie Nordrhein-Westfalens zu stärken, sie zusammenschweißen. Ich nenne die 650 Millionen DM, die die Ford-Werke in Köln für eine neue Motorenproduktion investieren wollen - ein wichtiges Signal für den Automobilstandort Nordrhein-Westfalen.

Nehmen Sie die Initiative des Landes zum Ausbau des Umweltschutzes und der Recyclingwirtschaft. Es ist völlig unbestritten, daß sich dieser Umweltschutz zu dem Wachstumsmarkt in der Bundesrepublik entwickeln wird. Das DIW rechnet schon bis zum Jahr 2000 mit über 1,1 Millionen Arbeitsplätzen in diesem Bereich, und es ist klar, daß Nordrhein-Westfalen, wo fast jede zweite Mark in diesen Bereich investiert und eingesetzt wird, hier den wichtigsten Anteil trägt. Über 100 000 Beschäftigte in rund 1 000 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen machen diese Bedeutung sichtbar. Wir werden die ökologische Modernisierung deshalb weiter zu einer Leitgröße unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik machen.

(D)

Ich nenne Ihnen diese Beispiele für neue Marktchancen in Nordrhein-Westfalen nicht, weil ich die gegenwärtige Wirtschaftslage schönreden will - das habe ich anfangs versucht deutlich zu machen -, sondern ich nenne sie Ihnen deshalb, weil es gerade in ungünstigen Stimmungslagen zwingend erforderlich ist, Kollege Meyer, Perspektiven für zukünftsträchtige Produktionsfelder zu entwickeln.

(Stüber [SPD])

(A)

Unser Weg aus der Krise ist die konsequente Nutzung dieser neuen Markt- und Wachstumsfelder mit einer gezielten gemeinwirtschaftlichen Industrie- und Strukturpolitik. Unsere Alternative zu dem "Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht", wie der Bundeswirtschaftsminister erklärt, oder zum "Freizeitpark Bundesrepublik", wie der Bundeskanzler da fabuliert, heißt: Neue Modelle für eine bessere und gerechtere Verteilung der Arbeit bis hin zu solchen Arbeitszeitverkürzungen, wie wir sie am Modell VW oder Ruhrkohle gerade diskutieren, heißt eine konsequente Technologie-, Industrie- und Strukturpolitik, um neue Marktchancen konsequent zu nutzen. Nur dieser Weg schafft eine neue Perspektive in der gegenwärtigen düsteren Stimmung im Land, und Sie sollten mithelfen, diese düstere Stimmung zu beseitigen.

Wenn ich heute morgen im Radio gehört habe, daß die privaten Sparer allein über ein Vermögen von 3,9 Billionen DM in dieser Bundesrepublik verfügen, dann denke ich: Wenn es gelingt, mit ein bißchen Hoffnung, mit Psychologie dies in aktive Kaufkraft umzuwandeln, dann, denke ich, haben wir mehr für den Aufschwung getan und mehr für einen Wachstumsfortschritt, als Sie, Kollege Meyer, mit Ihrem düsteren Zahlengerippe. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Stüber. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Tschöeltsch das Wort.

Abgeordneter Tschöeltsch (F.D.P.): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stüber, ich stimme Ihnen zu, wir haben eine schwierige Situation, und ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie sagen, daß es keine NRW-Sonderkrise ist; vielmehr, Herr Kollege Stüber, es ist eine NRW-Dauerkrise.

Wenn Sie sich die Zahlen ansehen, so lag dieses Land Nordrhein-Westfalen 1990 beim Wirtschaftswachstum an vorletzter Stelle, nach uns nur noch das Saarland, und wenn Sie sich das Wirtschaftswachstum 1992 ansehen, so liegt Nordrhein-Westfalen wieder an

vorletzter Stelle, nach uns nur noch Bremen. Wenn wir uns die Arbeitslosenzahlen in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland pro Land ansehen, dann liegen nach uns nur noch Bremen und das Saarland.

Meine Damen und Herren, da frage ich mich, wie Sie, Herr Kollege Stüber, hier behaupten können, wir hätten eine bessere Ausgangslage. Wo leben Sie denn eigentlich? Nehmen Sie diese unangenehmen Zahlen nicht zur Kenntnis?

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Haben Sie nicht zugehört?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In dieser Situation müßte doch der Wirtschaftsminister, müßte doch die Landesregierung ihre Kräfte bündeln und gerade auf dem Sektor Wirtschaftsförderung versuchen, die wenigen Finanzmittel, die wir haben, zu konzentrieren, um wirklich einmal etwas zu bewegen. Aber wie sieht der Haushalt des Wirtschaftsministers aus? 330 Millionen DM weniger Investitionen als im Jahr zuvor, 233 Millionen DM weniger Zuweisungen als im Jahr zuvor!

Und das Entscheidende, meine Damen und Herren, ist doch noch, wenn man sich ansieht, wo diese Landesregierung spart: Sie spart beispielsweise bei der Förderung des Handwerks; sie spart bei den Beratungen für kleine und mittlere Betriebe; sie spart bei den Krediten für kleine und mittlere Betriebe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist das für eine Wirtschaftspolitik, die diese Landesregierung betreibt, wenn sie genau dort spart, wo sie eigentlich zulegen muß?! Denn wir alle wissen, daß, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen, es nur die kleinen und mittleren Unternehmen schaffen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Genau da spart diese Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als F.D.P.-Landtagsfraktion haben im Wirtschaftsausschuß konzentriert in diesem Bereich eine Umsteuerung im Haushalt versucht. Wir haben 20 Millionen DM versucht umzuschichten, haben versucht,

(C)

(D)

(A) (Tscholtsch [F.D.P.]

diese Mittel für kleine und mittlere Unternehmen zu konzentrieren. Diese Mehrheit, meine Damen und Herren, hat alles abgelehnt.

Und wir haben, Herr Kollege Stüber, auch einen Deckungsvorschlag gemacht, weil Sie uns sonst immer vorwerfen, wir würden die Zahlen nicht seriös behandeln. Wir haben in der Tat als Kürzungsvorschlag 20 Millionen DM herangezogen, die diese Landesregierung für Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur ausgeben will. Da mag man streiten, ob das wünschenswert ist. Sicher wünschenswert! Doch wenn ich in der heutigen Situation Prioritäten setzen muß, dann muß ich sagen, das ist zwar wünschenswert, aber ich muß es zurückstellen. Da gibt diese Landesregierung im nächsten Jahr 20 Millionen DM für diese Stiftung Industriedenkmal und Geschichtskultur aus und will von uns die Unterschrift haben, daß wir diese Ausgabe jetzt zu diesem Zeitpunkt bereits genehmigen, ohne daß überhaupt irgend etwas feststeht: Da gibt es kein Konzept, da gibt es keine Satzung, da weiß die Landesregierung nicht, wer sich da beteiligen soll.

(B) Da soll sich angeblich die Ruhrkohle beteiligen. Ja, meine Damen und Herren, was ist das für ein Verfahren? Wir geben der Ruhrkohle 1 000 Millionen DM an Subventionen, und anschließend gibt die Ruhrkohle wieder 20 Millionen oder 10 Millionen DM dem Land für diese Stiftung zurück. Das ist doch ein Trauerspiel, wie Sie auch dieses Projekt angehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dafür können Sie unsere Zustimmung nicht bekommen, um das ganz deutlich zu sagen.

Dann haben wir im Wirtschaftsausschuß einen weiteren Antrag gestellt, nämlich in der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung 4,5 Millionen DM umzuwidmen. Das ist, meine Damen und Herren, diese SPD-Werbekampagne, die seit Jahren mit Steuergeldern finanziert wird: "Wir in Nordrhein-Westfalen". Sie kennen diese Anzeigen "Wir in Nordrhein-Westfalen". Das ist schon immer der Wahlkampflogan der SPD: "Wir in Nordrhein-Westfalen". Das heißt, wir sollen jetzt als Landtag wieder 4,5 Millionen DM für

(C) diesen SPD-Werbeslogan zur Verfügung stellen. Das interessiert auch fast keinen mehr. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Unternehmer nach Nordrhein-Westfalen kommt, weil diese SPD-Werbekampagne "Wir in Nordrhein-Westfalen" im "Spiegel", in den ganzen Zeitschriften abgedruckt wird.

4,5 Millionen DM - da sagen wir: Wir wollen nicht die Betätigung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung einschränken, aber wir sagen "Umwidmung". Wir können auf diese Inlandswerbekampagne verzichten und dafür die kleinen und mittleren Unternehmen stärken, die in den Export in den ostasiatischen Raum müssen, dort Fuß fassen müssen, damit sie ihre Produkte noch verkaufen können. Das wäre Wirtschaftsförderung in unserem Sinne. Leider ist die SPD wieder nicht bereit, dies zu unterstützen.

(D) Meine Damen und Herren! Wenn wir uns diese Wirtschaftsförderungsprogramme der Landesregierung ansehen - die sind ja nun sehr zahlreich -, dann muß man feststellen, daß die Landesregierung selbst die Übersicht verloren hat. Wir haben ja im vorigen Jahr diese Große Anfrage "Überprüfung der Wirtschaftsförderprogramme" gestartet. Das Ergebnis war niederschmetternd: Die Landesregierung weiß überhaupt nicht Bescheid, was in diesen Wirtschaftsförderungsprogrammen stattfindet. Sie weiß nicht, ob sie ihr Ziel überhaupt erreichen kann. Controlling ist nicht vorhanden. Kosten-Nutzen-Analyse ist auch nicht vorhanden, wird abgelehnt; den Sachen geht man gar nicht nach. Man geht also mit der Gießkanne übers Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur eine Einschätzung der F.D.P.-Landtagsfraktion, also der Opposition, sondern, Herr Minister, Sie müssen sich einmal den Bericht des Landesrechnungshofs zu der Überprüfung der ganzen Programme ansehen. Da sind ja die Programme des Wirtschaftsministeriums sehr wichtig; denn es sind insgesamt über 2 Milliarden DM, die dort bewegt werden.

Meine Damen und Herren! Was sagt denn der Landesrechnungshof? Der Landesrechnungshof macht eine ganze Reihe von ganz, ganz kritischen Anmerkungen, unter anderem, daß zahlreiche Programme seit 20 Jahren - meine Damen und Herren, seit 20 Jahren! - einfach fortgeschrieben werden. Da muß

(Tschoeltsch [F.D.P.]

(A)

man einmal den Wirtschaftsminister fragen: Glauben Sie denn wirklich, daß ein Programm dann besonders gut ist, wenn es 20 Jahre lang im Haushalt fortgeschrieben wird?

Da muß man doch in der Tat die Frage stellen: Hat man denn nicht das Ziel verfehlt, wenn man 20 Jahre lang hintereinander ein Förderungsprogramm fort schreibt? Dann muß man doch wirklich fragen, ob diese Politik erfolgreich ist; denn sie geht auch ins 21. Jahr mit den gleichen Ansätzen. Herr Minister, hier sollten Sie die Dinge ernsthaft überprüfen.

Ich möchte noch einen weiteren Gesichtspunkt anfügen, der sehr ernst ist, meine Damen und Herren. Wir haben im Haushalt des Wirtschaftsministers ein Volumen von 3,1 Milliarden DM im Jahre 1993, 1994 werden es 2,6 Milliarden DM sein.

Herr Minister, 2,6 Milliarden DM beträgt das Haushaltsvolumen im nächsten Jahr. An Verpflichtungsermächtigungen, Herr Minister, haben Sie mittlerweile 2,4 Milliarden DM angehäuft: 2,4 Milliarden DM Verpflichtungsermächtigungen bei einem Haushaltsvolumen von 2,6 Milliarden DM.

(B)

Sie haben doch überhaupt keine Möglichkeit mehr, diesen Haushalt zu gestalten. Sie haben doch schon das verfrühstückt, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Sie können doch bei so einer Haushaltspolitik in den nächsten Jahren gar nicht mehr gestalten. Selbst wenn eine andere Regierung ans Ruder käme, wäre diese schon gefesselt, weil Sie dies alles schon für die nächsten Jahre festgelegt haben.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Ist das in Bonn anders?)

Nein, das ist so eine dramatische Zahl. Wenn ich ein Haushaltsvolumen von 2,6 Milliarden DM habe und diese Landesregierung 2,4 Milliarden DM schon an Verpflichtungsermächtigungen hat - meine Damen und Herren -: Das ist der falsche Weg.

Jetzt habe ich diese Landesregierung die ganze Zeit kritisiert. Da gäbe es ja noch viel mehr zu kritisieren, Herr Kollege Stüber, weil Sie gerade so gucken. Sie sprachen ja von dem Strukturwandel. Ich will Ihnen einmal eines sagen: Sie müssen feststellen, daß die

Finanzen zurückgehen, daß der Landesminister weniger bewegen kann. Was tut er dafür? Zahlreiche Konferenzen, Regionalkonferenzen noch und noch und bunte Broschüren - sehr bunte Broschüren. Ein wunderschön gestylter Minister lächelt da immer auf der ersten Seite. Meinen Sie, daß das Strukturwandel ist? Meinen Sie, daß das Strukturwandel ist - bunte Broschüren?

(Zurufe von der SPD)

Damit schaffen Sie keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Nein, meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

Herr Kollege Stüber, Sie müßten mehr auf uns hören, auch der Wirtschaftsminister.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Auf Herrn Rexrodt müssen wir hören!)

Herr Wirtschaftsminister, ich will Ihnen das an einem einzigen Beispiel zum Abschluß meiner Ausführungen aufzeigen. Wir haben 1992 am 30. November einen Antrag in den Wirtschaftsausschuß bei den Haushaltsberatungen eingebracht. Das Materialprüfungsamt in Dortmund hatten wir schon vorher angesprochen. Da hatten Sie nicht auf uns gehört.

(D)

Dann haben wir im November 1992 bei den Haushaltsberatungen einen Antrag - es war der laufende Antrag Nr. 52 - eingebracht, mit dem wir kostendeckende Gebühren und Privatisierung für das Staatliche Materialprüfungsamt in Dortmund forderten. Das wurde mit den Stimmen der SPD und der CDU abgelehnt. Sie waren gegen Privatisierung, Sie waren gegen kostendeckende Gebühren. Im nächsten Jahr sind es immerhin 12 Millionen DM an Differenz.

Da haben Sie unsere Idee wieder einmal aufgegriffen, haben Unternehmensberater angeheuert. Er hat das ganze Materialprüfungsamt untersucht. Jetzt kommen Sie mit dem Vorschlag: Wir möchten privatisieren. Herr Minister, ich bedanke mich ausdrücklich, daß Sie wieder eine Idee von uns aufgegriffen haben. Sie sind in dem Punkt, bei der Privatisierung, auf dem richtigen Weg. Nur, warum diese Schamfrist von einem Jahr? Geben Sie sich doch nächstes Mal einen



(Tschoeltsch [F.D.P.]

(A)

Ruck, wenn von uns eine Idee kommt, und sagen: Okay, das ist gut, das setzen wir um.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Die Idee hatten wir vor Ihnen! - Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.]

Sie haben wieder 12 Millionen DM umsonst ausgegeben bei dem wenigen Geld, was wir noch haben. Hören Sie auf unsere Ratschläge! Setzen Sie sie schneller um, dann würde es diesem Land besser gehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Tschoeltsch. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Busch.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tschoeltsch, Herr Meyer, Sie sollten auf Herrn Einert nicht so schimpfen. Das ist irgendwie ungerecht. Sie sollten eigentlich mit ihm ganz zufrieden sein. Er pfeift doch schon die Melodie der Arbeitgeberverbände.

(B)

Genehmigungsverfahren will er beschleunigen, Privatisierung vorantreiben - das haben Sie selber gerade gesagt -, den Neubau von Landesstraßen vorantreiben. "Maschinenlaufzeiten sind das Maß aller Dinge." Arbeitszeitflexibilisierung und Sonntagsarbeit will er ausweiten. Frauenförderung in seinem Haushalt empfindet er als "Fremdkörper". Sie soll komplett verboten werden.

Im Wirtschaftsausschuß geben Sie ihm doch "standing ovations". Warum müssen Sie es hier verstecken?

Herr Einert, mit dieser Art Politik schafft man sich neue Freunde. Nur, die alten Freunde gucken manchmal etwas gequält im Ausschuß. Das ist sicherlich Ihr Problem.

Die SPD hat im Bundestagswahlprogramm die Arbeitsmarktpolitik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. Hier im Lande, wo sie die Mehrheit hat,

kürzt sie die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik. Wir GRÜNEN meinen: Das Thema Arbeitszeitverkürzung gehört wieder auf die politische Tagesordnung, weil wir alle wissen: Entscheidende Entlastung für den Arbeitsmarkt kann nur Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen - Wochenarbeitszeitverkürzung, Jahresarbeitszeitverkürzung, Sabbaticals, Lebensarbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit etc. - bringen.

Was macht unser Wirtschaftsminister? Er setzt sich auf der letzten Wirtschaftsministerkonferenz dafür ein, daß ein Beschluß gefaßt wird, der genau das Gegenteil bedeutet: Abschaffung des Freizeitausgleiches für Mehrarbeit, Abschaffung des arbeitsfreien Wochenendes, Ausweitung von Nacht- und Sonntagsarbeit und viele andere Dinge mehr.

Nicht weniger Arbeit für viele, sondern mehr Arbeit für wenige, Herr Einert: Das ist Ihre Politik, die Sie da betrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Stüber, Sie haben von ökologischer Modernisierung gesprochen. Sie haben gesagt, wir brauchen Perspektiven für die Zukunft. Wunderbar! Im SPD-Bundestagswahlprogramm stehen sehr schöne Passagen zum ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft. Aber was macht die Landesregierung in ihrem eigenen Haushalt, für den sie die Mehrheit hat? Sie kürzt die Mittel für Umweltschutz dramatisch.

(D)

Jetzt haben wir gerade noch 600 Millionen DM, im Vorjahr 700 Millionen DM für Umwelt, vor acht Jahren hatten wir noch 2 Milliarden DM. Das waren die Größenordnungen. Dies war zwar immer noch zuwenig. Aber diese Größenordnung haben Sie selber schon einmal für richtig gehalten. Jetzt wird drastisch zusammengestrichen - in krassem Gegensatz zu den objektiven Notwendigkeiten.

Sie kennen die Gutachten: 10 bis 20 % unseres Sozialproduktes werden ausschließlich für Umweltreparaturen ausgegeben. Die Reparaturkosten nehmen schneller zu als das Sozialprodukt. Das spiegelt sich natürlich in der Alltagserfahrung - über die Müllgebühren, die steigen, über Trinkwassergebühren, die steigen, Krankenversicherungsbeiträge etc. pp., ohne

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

daß dem eine Leistungsausweitung gegenüberstünde, allein aufgrund des zerstörerischen Umgangs mit der Natur, den wir uns leisten.

Wir haben gefordert - und dazu liegt Ihnen auch ein Antrag vor -, Öko-Abgaben einzuführen, konkret in Ihrem Bereich, Herr Minister, die Einführung einer Abwärmeabgabe. Diese Abwärmeabgabe und Öko-Abgaben allgemein können das Verursacherprinzip durchsetzen und die dringend benötigten Finanzierungsmittel zur Verringerung der ökologischen Folgekosten aufbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie fördern ökologische Innovationen, und - das haben Sie selber und Herr Matthiesen im speziellen vorgetragen - die Umweltschutzindustrie ist wirklich ein positiver Leistungsfaktor in der nordrhein-westfälischen Industrie, bei allen Umweltschädigungen, die vielleicht im einzelnen damit verbunden sind; das wissen wir natürlich auch. Das ist also ein Bereich, den man fördern müßte.

Aber Sie wollen auf diese Vorschläge nicht eingehen, weil Sie den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit fürchten. Dabei sind es doch andere Länder - gerade konservativ regierte Länder -, die, an einigen Punkten zumindest, vorgeprescht sind. Baden-Württemberg beispielsweise hat die Sondermüllabgabe schon vor langer Zeit eingeführt. Also: Eine konservative Regierung schafft in dem Bereich unter Umständen mehr als unsere SPD-Regierung, die meint, sich gegenüber den Schwarzen nicht angreifbar machen zu dürfen.

(B)

Ich denke, Sie sollten lieber einmal nach Hessen und Niedersachsen gucken, Herr Einert, wenn ich Sie gerade einmal um Ihre Aufmerksamkeit bitten darf. Wenn Sie einmal nach Hessen und Niedersachsen sehen würden, wo zum Beispiel die Abfallabgabe und wo andere Abgaben eingeführt wurden, dann hätten Sie dort Vorbilder, an denen Sie sich orientieren sollten, statt immer zurückzublicken und Angst zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind doch Ihre lähmende Angst vor Innovation, Ihre Vogel-Strauß-Politik, Ihre Ignoranz gegenüber

den Herausforderungen der Zukunft, die gerade den Wirtschaftsstandort NRW in Frage stellen. Sie wollen "Weiter so!" machen, ohne Rücksicht auf die Folgen.

(C)

Das beste Beispiel dafür ist und bleibt die Energiepolitik, die ja auch in Ihrem Haus angesiedelt ist. Hier hätte man die Chance, den ökologischen Umbau konkret zu machen; aber diese Chance wird vertan. Und dabei geht es teilweise um relativ wenig Geld. Wenn wir uns einmal den Vergleich ansehen, wieviel für die Kohleförderung ausgegeben wird und wieviel zum Beispiel für das REN-Programm zur Förderung rationeller Energienutzung und erneuerbarer Energiequellen, dann ist das ein Verhältnis von ungefähr 1 : 100; also: ein Hundertstel der Kohleförderung geht zur Zeit in die Förderung erneuerbarer Energiequellen und rationeller Energienutzung.

Sie haben im letzten Jahr, also vor gut einem Jahr, das REN-Programm faktisch eingestellt. Sie haben dann gesagt: Wir wollen neue Richtlinien erlassen, und dann soll die Förderung weitergehen. Auf diese Richtlinien warten wir heute noch. Sie haben also umweltbewusste Antragsteller, die bereit sind, in ihrem privaten Bereich mit privatem Geld Energieeinsparung voranzutreiben, frustriert, und damit erleidet natürlich der Kampf gegen Waldsterben und Klimakatastrophe einen erneuten Rückschlag.

(D)

Der Betrieb von Wind- und Wasserkraftanlagen wäre eigentlich rentabel, wenn man nämlich nicht die Einspeisebedingungen so, wie sie heute gelten, zugrunde legen würde, sondern die ökologischen Folgekosten, und die entsprechenden Förderungen vornähme, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht notwendig wären. Berechnungen liegen vor. Man müßte Windanlagen mit 12 Pfennig pro Kilowattstunde fördern, damit gesamtwirtschaftlich dieser Vorteil, der durch diese Art der Energieerzeugung erzielt wird, ausgeglichen wird. Aber dafür ist kein Geld vorhanden.

Das könnte man ja noch verstehen; aber es gibt Bereiche, in denen gar keine Landesmittel erforderlich sind, nämlich dort, wo die Kommunen die Initiative für eine umweltgerechte Entlohnung des Überschusses aus erneuerbaren Energiequellen ergriffen haben. Sie mauern, Herr Einert! Sie verweigern den Kommunen die Zustimmung zu diesen Regelungen

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A)

- frei nach dem Motto der Energieversorger: Konkurrenz verdirbt das Geschäft. Sie machen Politik für die großen Energieversorger und gegen Energieeinsparung!

Es gibt ein sehr interessantes Urteil des Bundesgerichtshofs vom 06.10.1993; ich sollte genauer sagen: einen Vergleichsvorschlag. Danach ist den Kommunen die Möglichkeit, Stromnetze zu übernehmen, wesentlich erleichtert worden. Und wir wissen ja: Wenn die Kommunen energiepolitisch orientiert sind, die Sache in die Hand nehmen und die örtlichen Energiesparpotentiale ausschöpfen wollen, dann ist das eine spannende Sache. Dieses Urteil hat die Kosten für die Übernahme des Stromnetzes drastisch verringert: auf ungefähr ein Zehntel des ursprünglichen Wertes, der von den Energieversorgern verlangt wurde.

Diese Entscheidung des Bundesgerichtshofs eröffnet den Kommunen weitreichende Spielräume. Da fragt man sich natürlich: Was tut der Wirtschaftsminister, um diese spannenden Entwicklungen zu fördern? Ja, er tut nicht nur nichts, sondern er behindert diese Entwicklungen, indem er illegale Lockvogelangebote der großen Energieversorger duldet.

(B)

Dazu haben wir einen wirklich grotesken Fall im Kreis Aachen-Land: Der Kreis hat aus einem alten Konzessionsvertrag rechtswidrig 1,5 Millionen DM bekommen. Damit sind die Konzessionsverträge nicht gültig, und er müßte diese 1,5 Millionen DM zurückzahlen. Was tut der Wirtschaftsminister? Er sagt: Nein, ihr braucht nur die Rückzahlungsverpflichtung anzuerkennen. Rückzuzahlen braucht ihr nicht; ihr braucht erst dann rückzuzahlen, wenn ihr genügend Geld habt. Und wir wissen doch alle: Die Kommunen haben nie genügend Geld - vor allen Dingen, wenn sie das noch selber feststellen sollen! Also: Sie tun nichts, was die Kreise der Mächtigen in diesem Lande stören könnte. Sie haben mit den Energie-Multis Frieden auf Kosten der Umwelt und der Energieeinsparung geschlossen.

Das gleiche Bild zeigt sich beim THTR. Noch 1989 haben Sie gesagt, Sie wollten es durchsetzen, daß die Energieversorger an den Kosten der Abwicklung des THTR zumindest beteiligt werden. Jetzt sehen wir: Sie haben schon wieder 170 Millionen DM für die

(C)

Abwicklung des THTR aus dem Landeshaushalt gezahlt. Gestern war wieder ein Gespräch in Bonn, bei dem es wahrscheinlich um weitere Subventionen für die THTR-Abwicklung ging. Wir wissen, daß dort weitere Defizite entstanden sind. Das pfeifen ja die Spatzen von den Dächern. Also: 170 Millionen für eine Altlast und nicht einmal ein paar Millionen DM für die Förderung erneuerbarer Energiequellen!

Sie haben die Energiekonsensgespräche in Bonn abgebrochen; aber wir wissen genau, daß die gleiche Debatte im Bundesrat genau in der gleichen Form weitergeht, wo die Bundesregierung ein Artikelgesetz eingebracht hat. Ich zitiere einmal Herrn Farthmann aus dem letzten Jahr; am 07.12.1992 hat er, die Energiekonsensgespräche kommentierend, gesagt:

Die Stromversorger ziehen die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß es für die Kernenergie in der Gesellschaft keine Akzeptanz mehr gibt.

Herr Einert, schön wär's! Sie persönlich als Verwaltungsratsvorsitzender der KFA Jülich haben sich dafür eingesetzt, daß neue Atomforschungsprojekte hier in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden und daß mit öffentlichen Mitteln an der KFA Jülich ein konkretes Projekt der Siemens AG zur Entwicklung eines neuen Reaktors, eines neuen Siedewasserreaktors, durchgeführt wird.

(D)

Also, Herr Einert: Einstieg in die Atomforschung als Vorbereitung für den Ausstieg aus der Atomenergie. - Tut mir leid, ich begreife das nicht.

Die Atomausstiegsposition des Landes NRW verliert durch dieses neue Atomprojekt in NRW jegliche Glaubwürdigkeit. Der Beschluß des SPD-Präsidiums vom 25. Oktober dieses Jahres wird hier in Nordrhein-Westfalen ad absurdum geführt. Ein weiterer großer Schritt in Richtung Große Koalition wurde getan. Mit uns ist das nicht zu machen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Einert das Wort.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich für die inhaltliche Unterstützung, die Sie für meine Wirtschafts- und Strukturpolitik zum Ausdruck gebracht haben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Ich kann das nicht anders als als Unterstützung betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU und die F.D.P. beklagen, ich betriebe eine zu stringente, zurückhaltende Wirtschaftspolitik, räumte Privaten zu wenig Freiräume ein, dächte noch zu sehr in alten Programmen. Auf der anderen Seite beklagen die GRÜNEN, ich betriebe eine viel zu liberale Wirtschaftspolitik, ich berücksichtige viel zu sehr Interessen, die von den Großunternehmen und den Verbänden geäußert würden. Da kann ich nur sagen: Ich bin auf diese Kritik von beiden Seiten außerordentlich stolz, denn sie beweist mir, daß ich mit Augenmaß genau auf dem richtigen Wege bin.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das muß ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Auf die zum Teil kleinkarierten Nickeligkeiten will ich gar nicht eingehen; das ist mir zu kleine Münze. Aber drei Bemerkungen:

Erstens. Sehen Sie sich einmal - diese Feder, um das unmißverständlich zu sagen, stecke ich mir keineswegs allein an den Hut, dazu haben im Laufe der Jahrzehnte viele beigetragen - die Zahlen der Veränderung der Wirtschaftsstrukturen in Nordrhein-Westfalen an. Beginnen Sie bitte im Ruhrgebiet. Sehen Sie sich einmal an, was aus der alten Montanabhängigkeit von zum Teil über 80 % geworden ist, wie viele Menschen heute noch von einseitigen Wirtschaftsstrukturen abhängig sind, wie der Anteil der

(C)

produktionsorientierten Dienstleistungen gewachsen ist, wie der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen gewachsen ist, die hohen Innovationsfähigkeiten und -geschwindigkeiten. Ich habe manchmal den Eindruck, Sie bewegen sich geistig immer noch auf dem Niveau von vor 20 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht nur den tatsächlichen Strukturwandel nicht mitbekommen, Sie weigern sich auch konstant, den eigenen Strukturwandel im Kopfe mitzuvollziehen. Das ist viel schlimmer, als rein ökonomischen Strukturwandel zu begreifen.

(Beifall bei der SPD)

Innovationen beginnen immer in den Köpfen der Menschen. Fangen Sie mit der Innovation in Ihren eigenen Köpfen an, und Sie werden feststellen, wie sehr sich dieses Land in der Wirklichkeit verändert hat.

Ihre Darstellung und Behauptung, wir würden mit alten Programmen von vor 20 Jahren noch Wirtschafts- und Strukturpolitik machen, sind objektiv falsch. Es gibt keine alten Ladenhüter mehr. Das Schlimme ist nur, daß Sie sich weigern, das zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe Ihnen das mehrfach mündlich vorgetragen. Ein paar dieser von Ihnen hier wieder belächelten Broschüren dienen dazu, das auch in der Öffentlichkeit klarzumachen. Sie weigern sich generell, das überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Lesen Sie es doch einmal nach, dann werden Sie auch Inhalte verstehen. Das sind doch keine Propagandabroschüren, sondern das ist Aufklärung darüber, wie sich die Strukturpolitik in diesem Lande verändert hat.

(D)

Gucken Sie sich einmal an, was wir heute in Fragen der regionalisierten Strukturpolitik zusammen mit den Regionen, den Kammern, den Gewerkschaften, den Kommunen und den Kreisen im Lande veranstalten. Das ist doch nicht Regierungspolitik par ordre du Mufli, sondern das ist ein Zusammengehen mit den Akteuren in den Regionen.

Gucken Sie sich einmal an, was wir darüber hinaus in der Branchenstrukturpolitik gemacht haben. Gucken

(Minister Einert)

(A)

Sie sich ganz real an, was wir mit den Unternehmen und den Kammern betrieben haben - bei den Landesinitiativen Teletec, Sofittec, Fuzzy-Logic, bei den Bergbauzulieferern, bei den Autozulieferern, im Bereich der Initiative die Bio- und Gentechnologien betreffend. Nehmen Sie das überhaupt nicht zur Kenntnis? Denken Sie immer noch in den Abläufen von vor 20 Jahren? Wo sind Sie eigentlich mit Ihrer eigenen Anpassungsfähigkeit geblieben?

(Beifall bei der SPD)

Sie verlangen ständig mehr Mobilität von Arbeitnehmern. Sie verlangen Innovationsfähigkeit von Unternehmern. Das ist alles richtig. Aber lernen Sie gefälligst selbst, in Innovationen zu denken, und dann reden wir wieder über Inhalt!

(Beifall bei der SPD)

Sie arbeiten hier Ihre geistigen Prozesse von vor 20 Jahren auf.

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Schauen Sie sich doch die Anträge der Opposition an!)

Aber das ist Ihr Problem.

(B)

Das Beispiel Medienpark Bottrop ist genannt worden. Woraus wird das denn finanziert? - Aus dem Haushalt des Wirtschaftsministers. Ich halte es für richtig, eine solche Entscheidung zu treffen. Aber Sie leiern Ihre alten Schallplatten herunter von dem, was einmal in alte Strukturen gegangen ist.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Gucken Sie sich den Strukturhaushalt an!)

Wenn ich die Investitionen und Subventionen - es sind Subventionen - für den Bereich Kohle herausnehme, ist Ihre Darstellung hier objektiv falsch. Auch von den Hilfen, die wir für die Regionen geben, geht null in alte Branchen und alte Unternehmen, sondern sie dienen zu nichts anderem, als die alten Regionen zu revitalisieren, Ansatzpunkte fast ausschließlich für kleine und mittlere Unternehmen zu geben, damit wir den Strukturwandel - die Betonung liegt auf "Wandel" - stärker in den Vordergrund stellen und nicht in alte Branchen investieren.

(C)

Das gleiche gilt für den alten Klops, den Sie in den letzten Tagen wieder hervorgeholt haben, nämlich für die Stiftung Denkmal- und Kulturpflege. Wir haben Ihnen im Ausschuß umfangreich vorgetragen, was der Ansatzpunkt ist: Er ist eingebettet in den zentralen Zielkonflikt zwischen der Flächenmobilisierung und Flächensanierung, die ja unstrittig zu den Schwerpunkten gehört. Wir haben in diesen Regionen nun einmal eine riesige Zahl von alten Baudenkmalern, die wir nicht alle abreißen wollen. Nun geht es darum, den Konflikt zwischen den Eigentümern - und das ist die Kohle in hohem Maße - und den Notwendigkeiten der Revitalisierung aufzugreifen.

Wir hoffen, daß wir mit dem Instrument dieser Stiftung die unterschiedlichen, gegensätzlichen Interessen stärker einbinden können als mit anderen Formen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das haben wir Ihnen sehr umfangreich vorgestellt. Ich weiß noch nicht genau, ob es so funktionieren wird. Auch das ist eine noch offene Frage; aber das Land sollte anfangen, das zu versuchen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Die Bergbautreibenden müssen ja übrigens - das habe ich Ihnen auch gesagt - kein Bargeld einschießen, sondern sie müssen Grundstücke als Beteiligung am Stiftungsvermögen einbringen und sollen durch Arbeitseinsatz mit ihren eigenen Mitarbeitern dazu ihren Beitrag leisten. Wir wissen auch, daß die Ruhrkohle selber vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation keine zweistelligen Millionenbeträge einschießen kann. Aber wir wollen, daß wir die Stiftung durch vergleichbare Beteiligung zum Leben bringen. Ich hoffe, es wird uns gelingen.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Der Streit zwischen der Reduzierung der Mittel und der in gleichem Atemzug beklagten Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen ist ein Punkt, den ich gar nicht kleinreden will. Aber es ist, glaube ich, sinnvoll, wenn wir den Mittelpunkt auch meiner Anstrengungen im Bereich des Wirtschaftshaushaltes zugrunde legen: daß wir nämlich nicht versuchen, jedes Jahr isoliert Geld zu verteilen, sondern wirklich

(Minister Einert)

(A)

mehrfährige Investitionshilfen und Umstrukturierungshilfen geben. Diese können nur über mehrere Jahre laufen.

Deshalb halte ich es für richtig und notwendig, hinzunehmen - ich habe es hingenommen -, daß wir die Baransätze für 1994 erheblich reduzieren, sich aber gleichzeitig auf die mehrjährigen Investitionshaushalte des Bundes und des Landes und vor allem der EG und des Landes, die bis 1997/98 laufen, einzustellen. Das bedeutet, daß die Baransätze 1994 relativ gering ausfallen können, aber die Verpflichtungsermächtigungen zur Bedienung dieser mehrjährigen Investitionshaushalte längerfristig gestaltet werden müssen.

Eine Bemerkung noch zum Materialprüfungsamt! Wissen Sie, die Diskussion darüber, was zuerst da war, Henne oder Ei, ist mir zu müßig und zu albern. Wir haben immer gesagt: Wir werden alle nachgeordneten Einrichtungen des Landes, alle Sonderbehörden überprüfen. Wir haben das im Wirtschaftshaushalt durchgehalten. Wir haben mit der Bergverwaltung begonnen; die Ergebnisse liegen vor. Wir haben das Materialprüfungsamt untersucht; es gibt ein bestimmtes Ergebnis und einen Grundsatzbeschluß des Kabinetts.

(B)

Wir werden in den nächsten ein, zwei Jahren dasselbe mit den beiden anderen nachgeordneten Behörden und mit dem Ministerium selbst tun. Wir sind da also auf einem guten Wege und haben es nicht nötig, jede politische Schaumschlägerei nachzumachen.

Eine letzte Bemerkung zum REN-Programm! Ich habe zugesagt, und dabei bleibt es: Wir werden die neuen Richtlinien Anfang des Jahres - wir sind im Hause soweit fertig - zusammen mit dem Wirtschaftsausschuß diskutieren. Meine alte Erklärung gilt: Es gibt ein Fortsetzungsprogramm. Wir werden es inhaltlich umgestalten. Aber der Ansatzpunkt der Förderung von erneuerbaren und regenerativen Energien wird ein Bestandteil dieses Programms bleiben.

In dem Zusammenhang mache ich noch eine Bemerkung. Wir werden auch über die Frage der Einspeisungsvergütungen diskutieren. Hier werden in Abwägung der Interessen nicht alle Blütenträume reifen, die sich einige vorstellen. Das sage ich mit aller Deutlichkeit. Ich bin bereit, in diesem Abwägungs-

(C)

prozeß bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen. Aber ich füge hinzu: Durch höchstrichterliche Rechtsprechung ist ausdrücklich bestätigt worden, daß dann, wenn die Genehmigungsbehörde Wirtschaftsminister einen Tarif genehmigt hat, der einzelne Betroffene keine Möglichkeit mehr hat, gegen eine solche Tariffestsetzung zu klagen.

Das heißt, ich bin bei dieser Auslegung auch gezwungen, nicht nur zwischen den Beteiligten abzuwägen, sondern auch zwischen dem Energieversorgungsunternehmen, denen, die eine Sonderregelung haben wollen, und dem Verbraucher, und mich im Zweifelsfalle auf die Seite des Verbrauchers zu schlagen, weil nämlich der Verbraucher nachher einem faktischen Monopolisten ausgeliefert ist. Ich sage das so deutlich. Das bedeutet, daß ich bei einer Tarifgenehmigung auch zu entscheiden habe, ob der Eigentümer eines EVU seine besondere Regelung, die er gerne haben möchte, zu Lasten der übrigen Tarifkunden abwälzt oder nicht. Diese Abwägung habe ich vorzunehmen.

Deshalb kann die Darstellung, wenn das denn der Eigentümer wolle, müsse ich ihm nachgeben - im Falle der Aachener - so nicht stehenbleiben. Vielmehr habe ich abzuwägen; das ist ein sehr schwieriger Prozeß. Wir sind mit dieser Abwägung weitgehend fertig, und wir werden sie dann mit den Betroffenen zu erörtern haben.

(D)

Eine letzte Bemerkung zu Klarstellung! Herr Kollege Dr. Busch, ich bin nicht Vorsitzender des Aufsichtsrates der KFA, sondern Mitglied des Aufsichtsrates. Ich wiederhole: Es gibt dort keine Entscheidung für einen neuen Reaktor, sondern es gibt die Entscheidung für eine technologische Entwicklung eines Notkondensators, der im wesentlichen unter der Überschrift "verbesserte Sicherheitsstandards" zu sehen ist.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: ... für ein Atomkraftwerk!)

Es wird zu prüfen sein, ob er später einmal Bestandteil einer Einrichtung sein kann. Wir machen damit keinen neuen Einstieg in Kerntechnologien, sondern wir sagen: Die nun einmal bestehenden Einrichtungen

(Minister Einert)

(A)

müssen, was die Sicherheitsstandards angeht, verbessert werden. Ich glaube schon, daß das eine richtige Entscheidung ist.

Im übrigen sage ich Ihnen noch einmal: Die Diskussionen um einen Energiekonsens in der Bundesrepublik werden weitergehen. Das Ergebnis kann ich nicht vorwegnehmen. Ich bedaure, daß hier versucht worden ist, die Partner über den Tisch zu ziehen. Aber ich setze immer noch darauf, daß wir alle soviel Vernunft aufbringen werden, um in der Frage der notwendigen Energiepolitik zu einer Verständigung in der gesamtpolitischen Szene in Deutschland zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Kollegin Hürten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, auch ich sehe mich durch die aktuelle Situation geradezu gezwungen, mich noch einmal kritisch mit Ihrer Wirtschaftsförderungspolitik auseinanderzusetzen.

(B)

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer mehr zu. Für über 60 % der Bevölkerung im Westen war sie bei der letzten Befragung zum Politbarometer das wichtigste Thema. Und die Landesregierung sagt: Weiterwirtschaften wie gehabt!

Sie haben hier zwar zu einigen neuen Highlights Ihrer Wirtschaftsförderungspolitik Stellung genommen, aber real fließt immer noch mehr als die Hälfte der Wirtschaftsförderungsmittel wie gehabt in die Bereiche Kohle und Stahl, obwohl es mittlerweile fast überall brennt. Im verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen gingen von Juli 1992 bis zum Juli diesen Jahres 155 500 Arbeitsplätze verloren. Und im Bergbau- und Energiebereich waren es weitere 11 400. Zugenommen haben allein die Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich um knapp 20 000, wobei es sich ausschließlich um Teilzeitarbeitsplätze handelt.

(C)

Angesichts dieser Situation muß doch wohl die Frage erlaubt sein, nach welchen Kriterien und mit welcher Zielsetzung das Land Nordrhein-Westfalen auch im nächsten Jahr wieder weit über 2 Milliarden DM in die Wirtschaftsförderung steckt. Welche Effekte wollen Sie mit der über Jahre hinweg milliarden-schweren Förderung von Kohle und Stahl erreichen? Wenn es Ihnen um Arbeitsplatzsicherung ging, wissen Sie selbst, daß Ihre Förderung letztlich nicht erfolgreich war.

Von 1957 bis heute gingen im Revier fast 480 000 Arbeitsplätze im Bereich Kohle und 340 000 Arbeitsplätze in der Stahlbranche verloren. Selbst wenn wir zu den Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl noch einen weiteren für die Zulieferindustrie dazuzählen, entfallen auf den Bereich Montan nur 5 % aller Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Dabei habe ich noch günstiger gerechnet als der Kollege Stüber. Und für rund 5 % der Arbeitsplätze geben Sie weit über 50 % aller Wirtschaftsfördermittel aus, ohne daß Sie bisher damit in der Lage waren, den Arbeitsplatzabbau zu verhindern, und obwohl, wie gesagt, es mittlerweile fast überall brennt.

Nebenbei unterstützen Sie mit Hilfe der WestLB die Krupp-Thyssen-Fusion und nehmen dabei wieder massiven Arbeitsplatzaufbau und Überschuldung des Konzerns in Kauf.

(D)

Nun betonen Sie immer wieder - das haben Sie auch vorhin in Ihrer Rede getan -, daß ein großer Teil der Fördermittel gerade den Strukturwandel in der vom Niedergang von Kohle und Stahl betroffenen Region Ruhrgebiet unterstützen soll. In diesem Fall müßte die Förderung doch allen in der Region unter Erwerbslosigkeit Leidenden zugute kommen.

Damit komme ich zu einem weiteren wichtigen Kritikpunkt an Ihrer einseitigen Wirtschaftsförderungspolitik, die damit direkt im Zusammenhang steht: Sie beteiligt Fraueninteressen nachhaltig. Die Arbeitslosenrate der Frauen in Nordrhein-Westfalen lag im Sommer bei 10,5 %, die der Männer bei 9,5 %. Der Anteil der Frauen an den sozialversichert Beschäftigten liegt in Nordrhein-Westfalen mit etwa 40 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, der 42,5 % beträgt. Im Ruhrgebiet sind die Verhältnisse noch viel

(Hürten [GRÜNE])

(A)

krasser. Von 100 Frauen im Ruhrgebiet im Alter zwischen 15 und 65 Jahren

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

sind nur 39 erwerbstätig. Im Bundesgebiet sind es 50, in Berlin und Hamburg sogar 70 Frauen.

Das Problem der Frauen ist dabei nicht, daß sie durch den Niedergang von Kohle und Stahl zu einem Arbeitsplatzwechsel gezwungen werden, sondern daß sie in der Montanindustrie und deren Zulieferern erst gar keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Auch in den anderen Industriezweigen im Ruhrgebiet sind sie nur schwach vertreten.

Die Landesregierung scheint der Auffassung zu sein: Die Frauen im Ruhrgebiet haben sich daran gewöhnt, unterdurchschnittliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Wie sonst ist Ihre beharrliche Weigerung zu verstehen, Fraueninteressen in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen, Fraueninteressen zu einem gleichberechtigten Faktor zu machen? Unser entsprechender Antrag wurde auch dieses Jahr in den Ausschüssen wieder abgelehnt. Und zur Zeit blättern Sie desinteressiert in Ihren Papieren.

(B)

Darüber hinaus ist weder die Landesregierung noch die SPD-Fraktion bereit, die Regionalstellen "Frauen und Beruf" finanziell auf sichere Beine zu stellen. Es ist unbegreiflich, daß die Landesregierung immer noch daran festhält, daß diese Stellen auf wenige Jahre befristet sein sollen. Es ist wirklich nicht vorstellbar, daß die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Ruhrgebiet, die mindestens so alt ist wie die Bundesrepublik, nach drei, vier Jahren Beratungstätigkeit einiger personell und materiell schlecht ausgestatteten Beratungsstellen erledigt sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Landesregierung selbst der Beratung durch diese Fachfrauen dringend bedarf; denn ihr selbst fällt zur Beseitigung von Frauenbenachteiligung unter Berücksichtigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderung nichts, aber auch gar nichts ein.

(C)

Ich kann Sie nur noch einmal dringend auffordern: Gestalten Sie Ihre Wirtschaftsförderungspolitik gerechter, formulieren Sie klare Ziele und überprüfen Sie vor allem regelmäßig, ob Sie mit den gewählten Mitteln die Ziele auch erreichen! Wenn Sie das nicht tun, werfen Sie viel Geld mit großen Händen zum Fenster hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6448 zum Kapitel 08 060 als neuer Titel. Das Stichwort lautet: Abwärmeabgabe und ökologischer Sonderfonds Klimaschutz. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/6408. Ich frage Sie, wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.

(D)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, im Anschluß an die Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 08 eine besondere Beratung zur

Lage der deutschen Stahlindustrie

durchzuführen. Hierzu liegen bereits Entschließungsanträge vor, die sich zur Zeit noch in Druck befinden und Ihnen danach ausgehändigt werden.

Als erstem Redner erteile ich das Wort Herrn Professor Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD.